

Der Notnagel für die Spitäler

WALLIS | Der Grosse Rat hat in der Detailberatung zum dringlichen Spitaldekret die Einzelheiten geregelt. Der «Notnagel» soll bis Ende 2014 halten.

Nach dem Scheitern des Spitalgesetzes müssen die gesetzlichen Bestimmungen des Kantons bis Ende Jahr zwingend dem neuen Bundesrecht angepasst werden. Das geschieht über ein dringliches Dekret für die Spitalfinanzierung.

Frontalopposition der SVP fruchtlos

Die SVP (durch *Charles Clerc*) bringt 18 Abänderungsvorschläge ein, die auf eine umfassende Regelung abzielen. Es geht der SVP darum, den Organen des Gesundheitsnetzes (GNW) mehr Spielraum einzuräumen. Die CVP-Fraktionen, die Freisinnig-Liberalen und die SP-Linksallianz hingegen stellen sich auf den Standpunkt, dass die Bestimmungen im dringlichen Dekret als Übergangslösung genügen. Alle weiterführenden Lösungen sind in Ruhe zu prüfen. *Staatsrat Maurice Tornay* wendet sich ebenfalls gegen einzelne Reformen. Man will das neue Spitalgesetz in aller Ruhe vorbereiten, in eine breite Vernehmlassung und dann in die üblichen parlamentarischen Beratungen entlassen. Die Anträge der SVP werden mit hohen Mehrheiten abgelehnt. Das dringliche Dekret wird mit 113 zu 8 Stimmen gutgeheissen.

Unterstützung der Wirtschaft fortsetzen

Die Massnahmen für die Unterstützung der Wirtschaft sollen um zwei weitere Jahre verlängert werden. Dies über den Weg eines neuen Stabilisierungsfonds, wie *Diego Clausen* (CSPO) von der thematischen Kommission darlegt. Der Fonds soll mit den Mitteln aus den Gewinnen der Nationalbank (21 Mio.) geöffnet werden. *Staatsrat Jean-Michel*

Cina ist froh um die Unterstützung. In den letzten Jahren sind Wallis Tourismus zusätzliche Mittel gewährt worden, für 2012 sind es 3 Millionen Franken. Wichtig wäre ein Wechselkurs von 1.30 Franken zum Euro, neben Schnee und Sonne. Weitere Massnahmen sind: Erleichterungen bei Kurzarbeit, weiter die Suspendierung von Amortisationszahlungen. Dies kommt Unternehmen zugute, die an Liquiditätsproblemen leiden.

Verhinderungstaktik der Umweltverbände?

Staatsrat Jean-Michel Cina betrachtet es in einer Beantwortung einer Interpellation von *Philipp Schnyder* (CSPO) als notwendig, dass die Energiegewinnung gegenüber dem Natur- und Landschaftsschutz vermehrt gewichtet ist. Es ist dies eine Folge des Atomausstieges. Bei der Nutzung von öffentli-

chen Gewässern haben die Umweltverbände in mehreren Fällen eingeschprochen; in anderen Fällen hat man mit den Umweltorganisationen aussergerichtliche Einigungen erzielt. Man muss die Zielkonflikte überwinden, berechtigte

ökologische Anliegen sind im Zuge einer Interessenabwägung ebenfalls zu gewichten, doch steht die Energieproduktion im Vordergrund. *Egon Furrer* (CVPO) fordert in einem Postulat die Nutzung der Sonnenenergie auf Staats-

gebäuden. Der Vorstoss wird zur Behandlung überwiesen. *Diego Wellig* (CSPO) verlangt energieeffizientere Strassenbeleuchtungen. Auch dieses Postulat wird nicht bekämpft und zur Behandlung an die Regierung überwiesen. **Ith**



Spitalfinanzierung. In einem dringlichen Dekret ist die Finanzierung der Walliser Krankenanstalten geregelt worden. FOTO WTB

Budgetberatung in Volkswirtschaft, Energie und Raumplanung

Der Grosse Rat setzt die Budgetberatung im Departement für Volkswirtschaft, Energie und Raumentwicklung fort. Die CVP-Fraktionen des Welschwallis sowie CSPO und CVPO ziehen ihre Anträge für höhere Mittel für das Marketing für den Walliser Tourismus zurück. Man hofft, dass es zu mehr Mitteln für Wallis Promotion aus dem ordentlichen Budget reicht. Weiter hat der Grosse Rat bereits Weichenstellungen vorgenommen, um die Mittel für Valais Promotion zu erhöhen.

Staatsrat Jean-Michel Cina wendet sich gegen flächendeckende Stützungsmaßnahmen für die Bergbahnen. Es gibt Bergbahnunternehmen, die sehr gut laufen; warum sollten sie zusätzlich gefördert werden? Der Kanton wird sich mit der Frage der Förderung der Bergbahnen im Rahmen einer Studie befassen und konkrete Vorschläge ma-

chen. Eine Budgeterhöhung von 500 000 Franken der Freisinnig-Liberalen für Beiträge an Motivationssemester für Jugendliche in Schwierigkeiten wird abgelehnt. Laut Staatsrat Cina sind im Budget bereits genügend Mittel vorgesehen, er will abklären, ob es Wartelisten gibt. Ebenso ergeht es einem Beitrag für die Erdverlegung der Hochspannungsleitungen der SP Oberwallis. Der Rat lehnt auch dies ab. Staatsrat Cina verweist auf die vorliegenden Studien und deren Vertiefung. Die Kommission Wirtschaft und Energie will einen zusätzlichen Fachmann für die kantonale Energiestrategie anstellen und fordert dafür 150 000 Franken. Der Antrag wird bekämpft und abgelehnt. Die CVPO verlangt 2 Mio. für günstige Energiebeschaffung für Bergbahnen und touristische Betriebe. Sie zieht den Antrag zurück.